

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 47 | 26.11.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 473/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur **Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2021/22** (COVID-19-Schulverordnung 2021/22 – C-SchVO 2021/22) geändert wird

[BGBl II 475/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der **besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19** getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV)

[BGBl II 477/2021](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie gemäß § 64b Abs 3a KDV über das Vorliegen der Voraussetzungen für die vorübergehende **Ausnahme vom Präsenzunterricht für die theoretische Fahrschul Ausbildung**

[BGBl II 478/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die **Gewährung eines begrenzten Fixkostenzuschusses** bis EUR 800.000 durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) geändert wird

[BGBl II 479/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die **Gewährung eines Verlustersatzes** durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) geändert wird

[BGBl II 480/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung, mit der **zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen** getroffen werden, geändert wird

[BGBl II 481/2021](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

[BGBl II 483/2021 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung** nach dem COVID-19-Maßnahmegesetz

[BGBl II 486/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über die **Zustellung und Vollstreckung im Europäischen Wettbewerbsnetz**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 420 v 25.11.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/2048 des Rates vom 23. November 2021 zur zeitweiligen **Aussetzung** der autonomen Zollsätze des **Gemeinsamen Zolltarifs** für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren auf die **Kanarischen Inseln**

[ABI L 420 v 25.11.2021, 129](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2057 der Kommission vom 24. November 2021 zur Feststellung der **Gleichwertigkeit** der von der **Republik Singapur** ausgestellten **COVID-19-Zertifikate** mit den nach der Verordnung (EU) 2021/953 des Europäischen Parlaments und des Rates ausgestellten Zertifikaten zwecks Erleichterung der Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit innerhalb der Union

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2021, [E 1109/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend eine nigerianische Staatsangehörige; mangelhafte Auseinandersetzung mit einer Stellungnahme der LEFÖ-IBF hinsichtlich der Gefahr, ein Opfer von Menschenhandel zu werden sowie mit den Länderberichten

22.09.2021, [E 1357/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan mangels Auseinandersetzung mit dem vorgebrachten Fluchtvorbringen (Dolmetscher für die US-Behörden) vor dem Hintergrund der Länderinformationen

22.09.2021, [E 2640/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine ausreichende Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

22.09.2021, [E 2739/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

27.10.2021, [G 22/2021](#)

ForstG; keine kompetenzrechtlichen Bedenken gegen Bestimmungen des ForstG betreffend dauernde **Bringungsanlagen auf fremden Boden**; Bringung in forstwirtschaftlichen Angelegenheiten kann unter dem **Kompetenztatbestand des Forstwesens oder der Bodenreform** geregelt werden; Subsumtion der konkreten forstgesetzlichen Bringungsanlagen unter den Kompetenztatbestand des Forstwesens auf Grund der zweckmäßigen Bewirtschaftung des Walds

28.09.2021, [V 148/2021](#)

Stmk Dienst- und GehaltsO; Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG; Verletzung des **Günstigkeitsprinzips** durch eine Bestimmung der KFA-Satzung 2012 betreffend Behandlungsbeiträge zur Krankenfürsorge von Beamten der Stadt Graz; Verstoß der Behandlungsbeiträge für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und infolge Krankheit oder Gebrechen erwerbsunfähig sind, gegen eine Bestimmung des Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG; **Verbot der Schlechterstellung** von Beamten der Stadt Graz gegenüber Beamten des Bundes

29.09.2021, [SV 4/2020 ua, G 250/2020 ua](#)

Nuklearwaffenverbotsabkommen; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** und im Recht auf Ausübung der **Erwerbsfreiheit** durch eine Bestimmung eines Staatsvertrags betreffend die ausschließliche **Nutzung einer Liegenschaft** für Bildungsaktivitäten für in Wien ansässige Internationale Organisationen; Einräumung eines Baurechts an einer Liegenschaft mit einem jährlichen Baurechtszins idHv € 1,- für schulische Zwecke dient der – sachlich gerechtfertigten – Unterstützung Internationaler Organisationen und nicht der Förderung eines bestimmten Schulträgers

30.09.2021, [V 50/2021](#)

Nö JagdG; kein Verstoß der GrünvorlageVO der Bezirkshauptmannschaft Baden gegen das Nö JagdG betreffend die **Verpflichtung zur Meldung des Abschusses** bestimmter Wildstücke bis zum Ende der gesetzlichen Tagesschusszeit; keine Verkürzung der Tagesschusszeit durch die – unverzügliche – einfach gestaltete und zeitlich nicht aufwändige Meldung des Abschusses

30.09.2021, [V 435/2020](#)

KanalgebührenO 2003 der Gemeinde Tösens; keine Gesetzwidrigkeit der Höhe einer **Kanalbenützungsgebühr** einer Tir Gemeinde; Gesamtkosten für die Beiträge zur Abwasserbeseitigung samt sonstigen Betriebs- und Verwaltungskosten entsprechen der Höhe der eingehobenen Benützungsgebühren; keine **Kostenüberdeckung** mit steuerlichem Charakter bei der Berücksichtigung nicht rückzahlbarer Zuschüsse der Fremdfinanzierungsaufwendungen sowie von der Finanzierung der Errichtungskosten

05.10.2021, [G 188/2021](#)

ABGB; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch eine Regelung des ABGB betreffend die **Bewertung von Schenkungen an Pflichtteilsberechtigte**; Anpassung von Schenkungen zu Lebzeiten auf den Todeszeitpunkt nach einem Verbraucherpreisindex der Statistik Austria im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers; keine Bedenken gegen die – bei Übertragung der geschenkten Sache unter Lebenden – Wertänderungen durch allfällige Nutzungsrechte

05.10.2021, [E 848/2021](#)

EpidemieG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf **finanzielle Vergütung einer Gesellschaft** nach dem EpidemieG für deren Verdienstentgang durch die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund der VO einer Vbg Bezirkshauptmannschaft; Verdienstentgänge durch Betriebsschließungen für öffentliche Verkehrsanstalten nach dem EpidemieG sind einem Vergütungsanspruch nach dem EpidemieG zugänglich

06.10.2021, [E 221/2021 ua](#)

EpidemieG; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf **finanzielle Vergütung einer Gesellschaft** nach dem EpidemieG für deren **Verdienstentgang durch die Quarantäne** einer Arbeitnehmerin; kein Anspruch auf Entschädigung auf Grund der freiwilligen Absonderung nach telefonischer Empfehlung durch einen – nicht einem zuständigen Organe bzw einer befugten Behörde zuzurechnenden – Mitarbeiter vom Bürgerservice der „Gesundheitsnummer 1450“

06.10.2021, [E 2477/2021](#)

PrivatradioG; Verletzung im Recht auf **Rundfunkfreiheit** durch die verfassungswidrige Auslegung einer Bestimmung des PrivatradioG betreffend die (gewährte) **Übergangsfrist zur Aufnahme eines Sendebetriebs** mit bundesweit einheitlichem Programm neben gleichzeitiger Ausstrahlung bislang rechtmäßig verbreiteter Hörfunkprogramme während der Übergangsfrist; kontinuieritätswahrende Fortführung der bislang rechtmäßig ausgestrahlten regionalen Hörfunkprogramme zur Wahrung der Meinungsvielfalt geboten

07.10.2021, [A 5/2021](#)

AsylG; Stattgabe einer Klage des Landes Wien gegen den Bund auf **Kostenersatz** für vom Land erbrachte **Grundversorgungsleistungen**; Verpflichtung des Bundes zur Tragung der Kosten zu 100% für **subsidiär Schutzberechtigte**, über deren Asylstatus nicht binnen zwölf Monaten (rechtskräftig) entschieden wurde sowie abrechnungsrelevante Daten der Grundversorgung bekanntzugeben; keine Änderung des Begriffs „Asylwerber“ in der Grundversorgungsvereinbarung durch das Fremdenrechtspaket 2005 auf Grund Beibehaltung des Verfahrensablaufs einschließlich der Umsetzung des Refoulement-Verbotes

07.10.2021, [E 2372/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung insbesondere mit den Länderberichten des UNHCR betreffend das Risikoprofil des – aus einem ehemals vom IS besetzten Gebiet stammenden – wehrfähigen sunnitischen Arabers

07.10.2021, [E 2563/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; keine Auseinandersetzung mit dem sich aus den Länderinformationen ergebenden Risikoprofil insbesondere im Hinblick auf die Neuansiedelung des sunnitischen Arabers in Bagdad

07.10.2021, [E 2637/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sicheren Erreichbarkeit der Herkunftsregion angesichts des sich aus den Länderinformationen ergebenden Risikoprofils des sunnitischen Arabers

VERWALTUNGSGERICHTSHOF

05.10.2021, [Ro 2021/03/0001](#)

AVG; schriftliche Anbringen – darunter etwa Beschwerden – dürfen im Asylverfahren nach dem AsylG nur in deutscher Sprache eingebracht werden und daher bei fremdsprachigen Eingaben von der Behörde nach § 13 Abs 3 AVG vorgegangen werden kann; nach der Rsp des VwGH besteht im Allgemeinen kein Anspruch auf Verwendung einer fremden Sprache im schriftlichen Verkehr mit der Behörde; § 39a AVG (hier iVm § 17 VwGVG) über die Beiziehung von Dolmetschern regelt lediglich den mündlichen Verkehr zwischen der Behörde (dem VwG) und den Parteien; der daraus gezogene Größenschluss – dass die fehlende Verpflichtung zur amtswegigen **Übersetzung von schriftlichen Anbringen** umso mehr für Beweismittel gelten müsse – trifft jedoch nicht zu, weil solche Schriftstücke nicht in dieser Form vergleichbar sind

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 27.10.2021, [W122 2160338-1](#), [W122 2163878-1](#)

GehaltsG; einzelne Elemente der bisherigen **Altersdiskriminierungen**, wie die Vorverlegung der Altersgrenze um eine bestimmte Zeit, die sodann wieder – tlw wie im Fall des Bf oder gänzlich, wenn keine Zeiten des § 169g Abs 3 GehaltsG vorliegen – in Abzug gebracht wird, finden sich auch in der aktuellen Rechtslage; da diese Zeiten jedoch unter dem Titel sonstiger Zeiten ohne Abstellen auf eine Erwerbstätigkeit auch über den 18. Geburtstag hinaus angerechnet werden, erscheint ein Fortsetzen der Altersdiskriminierung durch eine konkrete Bestimmung nicht ersichtlich zu sein; auch wenn die Regelung einer Erhöhung der Zeit in der ersten Gehaltsstufe ähnelt, wird das Ziel der Entdiskriminierung durch die **Anrechnungsmöglichkeit** der Zeit vor dem 18. Geburtstag angestrebt; eine Unionsrechtswidrigkeit wird nicht erkannt

BVwG 06.09.2021, [W170 2244137-1](#)

ÄrzteG; **Identität der Sache** liegt dann vor, wenn sich gegenüber der früheren Entscheidung weder die Rechtslage noch der wesentliche Sachverhalt geändert hat und sich das neue Parteibegehren im Wesentlichen mit dem früheren deckt; die Beantragung einer Eintragung eines weiteren Standorts einer bestehenden Gruppenpraxis führt zu keiner entschiedenen Sache, wenn die beiden Adressen nicht ident sind; dass die Anträge nach Ansicht der Behörde mit der gleichen Begründung abzuweisen sind, ist Teil der nicht rechtskräftigen Begründung und kann daher keine res iudicata begründen

BVwG 20.08.2021, [W194 2237364-1](#)

ORF-G; im Vergleich zu der vom EuGH beurteilten tschechischen Rundfunkgebühr liegt dem **Programmengeld** ein **Leistungsaustausch** zwischen dem ORF und einem Rundfunkteilnehmer zugrunde, der gesetzlich festgelegt wird und ein zivilrechtliches Vertragsverhältnis begründet; das Programmengeld ist jedoch in wesentlichen Aspekten anders ausgestaltet als die tschechische Rundfunkgebühr; es ist demnach anzunehmen, dass das Programmengeld als eine gegen Entgelt erbrachte steuerbare Dienstleistung anzusehen ist

LVwG NÖ 17.09.2021, [LVwG-S-2100/001-2021](#)

ArbeitnehmerschutzG; **LandesgesundheitsagenturG NÖ**; das NÖ LandesgesundheitsagenturG regelt keine ausdrückliche **Überlassung der Landesbediensteten** an die NÖ Landesgesundheitsagentur; vielmehr ist geregelt, dass es sich bei der NÖ Landesgesundheitsagentur und ihren Gesundheitseinrichtungen um „Dienststellen des Landes Niederösterreich im Sinne der NÖ Landesdienstrechte“ handelt; zudem stellt die NÖ Landesgesundheitsagentur eine Anstalt öffentlichen Rechts dar; Bf ist als deren Vorstandsmitglied Landesbediensteter; die Aufsicht der NÖ Landesregierung über die NÖ Landesgesundheitsagentur und ihre verbundenen Unternehmen erstreckt sich auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften; nach Auffassung des erkennenden Gerichts lässt dies keinen Raum für die Annahme einer Überlassung iSd § 9 Abs 2 ArbeitnehmerschutzG

LVwG Vbg 08.11.2021, [LVwG-328-1/2021-R11](#)

KanalisationG Vbg; nach § 15 Abs 3 KanalisationsG ist der bereits geleistete **Anschlussbeitrag** unter Anwendung des geltenden Beitragssatzes rechnerisch neu festzusetzen; es gibt im Gesetzestext aber keinen Anhaltspunkt dafür, dass auch die damals berechnete Bewertungseinheit neu festzusetzen ist; die damalige Bewertungseinheit bleibt daher unverändert

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[23.11.2021, Rs C-564/19, IS \(Illégalité de l'ordonnance de renvoi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2010/64/EU – Art 5 – Qualität der Dolmetschleistungen und Übersetzungen – Richtlinie 2012/13/EU – **Recht auf Belehrung** und Unterrichtung in **Strafverfahren** – Art 4 Abs 5 und Art 6 Abs 1 – Recht auf Unterrichtung über den Tatvorwurf – **Recht auf Dolmetschleistungen** und Übersetzungen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht – Art 48 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 267 AEUV – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Zulässigkeit – Rechtsmittel zur Wahrung des Rechts gegen eine Entscheidung, mit der die Vorlage eines Vorabentscheidungsersuchens

beschlossen wird – **Disziplinarverfahren** – Befugnis des übergeordneten Gerichts, das Vorabentscheidungsersuchen für rechtswidrig zu erklären

[23.11.2021, Rs C-833/19 P, Rat / Hamas](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Bekämpfung des Terrorismus** – Restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen – Einfrieren von Geldern – Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP – Verordnung (EG) Nr 2580/2001 – Belassung einer **Organisation** auf der Liste der an terroristischen Handlungen beteiligten Personen, Vereinigungen und Körperschaften – Einzelfallbezogene Begründung, die der Organisation bekannt gegeben wurde und in einem von dem mit einer allgemeinen Begründung versehenen Rechtsakt getrennten Dokument enthalten ist – Ausfertigung der einzelfallbezogenen Begründung – Art 297 Abs 2 AEUV

[25.11.2021, Rs C-102/20, StWL Städtische Werke Lauf ad Pegnitz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/58/EG – **Verarbeitung personenbezogener Daten** und **Schutz der Privatsphäre** in der elektronischen Kommunikation – Art 2 Abs 2 Buchst h – Begriff ‚elektronische Post‘ – Art 13 Abs 1 – Begriff der ‚Verwendung elektronischer Post für die Zwecke der Direktwerbung‘ – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Anhang I Nr 26 – Begriff des ‚harthäckigen und unerwünschten Ansprechens über E-Mail‘ – Werbenachrichten – Inbox advertising

[25.11.2021, Rs C-233/20, job-medium](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2003/88/EG – **Sicherheit** und **Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer** – Art 7 Abs 1 – Anspruch auf eine finanzielle Vergütung für den vor dem Ende des Arbeitsverhältnisses nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub – Vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer

[25.11.2021, Rs C-271/20, Aurubis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Regelung für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten – Beschluss 2011/278/EU – Art 3 Buchst d – Anlagenteil mit **Brennstoff-Benchmark** – Begriffe ‚Verbrennung‘ und ‚Brennstoff‘ – Herstellung von Primärkupfer im Schwebeschmelzverfahren – **Zuteilungsantrag** – Beantragte Zertifikate, die zum Ende einer Handelsperiode noch nicht zugeteilt worden sind – Möglichkeit, diese Zertifikate in Durchführung einer nach diesem Zeitpunkt ergangenen gerichtlichen Entscheidung in der folgenden Handelsperiode zu vergeben

[25.11.2021, Rs C-372/20, Finanzamt Österreich \(Allocations familiales pour coopérant\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 45 und 48 AEUV – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Gleichbehandlung – **Familienleistungen**, die **Entwicklungshelfern** gewährt werden, die ihre Familienangehörigen an ihren Einsatzort im Drittland mitnehmen – Abschaffung – Art 288 Abs 2 AEUV – Rechtsakte der Union – Tragweite von Verordnungen – Nationale Regelung, deren persönlicher Geltungsbereich über den einer Verordnung hinausgeht – Voraussetzungen – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 11 Abs 3 Buchst a und e – Geltungsbereich – Arbeitnehmerin mit Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats, die bei einem Arbeitgeber mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als Entwicklungshelferin beschäftigt ist und in ein Drittland entsendet wird – Art 68 Abs 3 – **Recht des Antragstellers auf Familienleistungen**, nur einen einzigen Antrag einzubringen, nämlich beim Träger des vorrangig zuständigen Mitgliedstaats oder beim Träger des nachrangig zuständigen Mitgliedstaats

[25.11.2021, Rs C-437/19, État luxembourgeois \(Informations sur un groupe de contribuables\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – Richtlinie 2011/16/EU – Art 1 Abs 1, Art 5 und Art 20 Abs 2 – **Informationensuchen** – Entscheidung zur Anordnung der Übermittlung von Informationen – Weigerung, der Anordnung nachzukommen – **Sanktion** – ‚Voraussichtliche Erheblichkeit‘ der erbetenen Informationen – Keine namentliche und individuelle Identifizierung der betroffenen Steuerpflichtigen – Wendung ‚Bezeichnung der Person, der die Untersuchung oder Ermittlung gilt‘ – **Begründung des Informationensuchens** – Umfang – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung zur Anordnung der Übermittlung von Informationen – Art 52 Abs 1 – Beschränkung – Wahrung des Wesensgehalts des Rechts

B. SCHLUSSANTRÄGE

[25.11.2021, Rs C-519/20, Landkreis Gifhorn \(GA Richard de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren im Bereich der **Rückführung illegal** aufhältiger **Drittstaatsangehöriger** – **Inhaftnahme** für die Zwecke der Abschiebung – Art 16 Abs 1 – Begriff ‚spezielle Hafteinrichtung‘ – Art 18 Abs 1 – Begriff ‚**Notlage**‘ – Nationale Regelung, nach der die Haft bei Vorliegen einer Notlage in gewöhnlichen Haftanstalten vollzogen werden kann – Umfang der Beurteilung durch die für die Inhaftnahme zuständige Justizbehörde

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

23.11.2021, Beschwerde Nr [292/06 ua](#), *Corley ua / Russland*

Verletzung von **Art 1 7. ZPEMRK** (Verfahrensgarantien in Bezug auf die Ausweisung von Ausländern) in Bezug auf Herrn Igarashi und Herrn Corley, die Missionare sind; **Verletzung** von **Art 2 4. ZPEMRK** (Freizügigkeit) in Bezug auf Igarashi; **Verletzung** von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) in Bezug auf Igarashi und Corley; **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) in Bezug auf Corley, Igarashi und deren Familien; **Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung) wegen erniedrigender Haftbedingungen von Igarashi; **Verletzung** von **Art 5 Abs 1** und **Abs 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) in Bezug auf Igarashi; plötzliche und gewaltsame Ausweisung von zwei Missionaren, angeblich wegen Verletzung der Aufenthaltsbestimmungen; absichtliche Beschleunigung durch Verzicht auf gesetzliche Formalitäten; keine Möglichkeit Verfahrensrechte vor Ausweisung wahrzunehmen; Ausweisungen wurden vorgenommen, um Verbreitung der Lehre der Vereinigungskirche zu unterdrücken

25.11.2021, Beschwerde Nr [77419/16](#), *Biancardi / Italien*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit); **Recht auf Vergessenwerden**; Zivilrechtliche Sanktionierung eines **Redakteurs** wegen langwieriger Weigerung, Artikel über Strafverfahren gegen Privatpersonen zu löschen, der durch Eingabe der Namen dieser Personen in Internet-Suchmaschine leicht zugänglich ist; **Verpflichtung zur Löschung** von Material gilt nicht nur für Anbieter von Internet-Suchmaschinen, sondern auch für Verwalter von über das Internet zugänglichen Zeitungs- oder journalistischen Archiven; **sensible Daten** acht Monate lang nach förmlicher Aufforderung diese zu entfernen im Internet leicht zugänglich; Sanktion nicht unverhältnismäßig

25.11.2021, Beschwerde Nr [41295/19](#), *Baljak ua / Kroatien*

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Ablehnung der Schadenersatzklage gegen Staat durch nat Gerichte mit Begründung, dass Bf nicht beweisen konnten, dass Staat für Tod ihres Verwandten verantwortlich war, obwohl dieser von kroatischen Soldaten festgenommen, an unbekanntem Ort gebracht und Leiche Jahre später in Massengrab mit Schusswunde im Kopf gefunden wurde; **offenkundig unangemessene Schlussfolgerung** der inländ Gerichte bei Abweisung der Klage; unerreichbares Beweismaß

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 183/2021 , ausgegeben am 22.10.2021	23.10.2021	30.06.2022

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	22.03.2020
--	------------	------------

VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950

und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	23.11.2021
483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 483/2021 , Anlage , ausgegeben am 23.11.2021	24.11.2021	<i>Keine Angabe</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020 , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 VfGH: <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p>BGBl II 318/2021: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p>BGBl II 359/2021: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020 , ausgegeben am 13.05.2020 VfGH: <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>

<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 358/2021: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.07.2020	31.12.2020
<p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020, ausgegeben am 02.07.2020</p>	03.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020, ausgegeben am 22.07.2020</p>	24.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020, ausgegeben am 29.07.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 146/2021: VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	30.07.2020	<i>unverändert</i>
<p>398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020, ausgegeben am 12.09.2020</p>	14.09.2020	<i>unverändert</i>
<p>407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020, ausgegeben am 18.09.2020</p> <p><i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i></p>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft

Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020 , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020 , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	

<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	<p>13.11.2020</p>	<p>§2 22.11.2020</p>
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	<p>07.12.2020</p>	<p>23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)</p>
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum 18. Dezember 2020 gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptombefreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH: BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>

76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021 , ausgegeben am 17.02.2021	18.02.2021	27.02.2021
94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021 , ausgegeben am 25.02.2021	28.02.2021	09.03.2021
105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021 , ausgegeben am 08.03.2020	10.03.2021	14.03.2021
111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021 , ausgegeben am 12.03.2021	15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021	11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021
120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021 , ausgegeben am 23.03.2021	25.03.2021	<i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021
139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021 , ausgegeben am 30.03.2021	01.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl. d.), 10.04.2021 (Wien)
147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021 , ausgegeben am 06.04.2021	07.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021

		§25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 465/2021 , ausgegeben am 14.11.2021 Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft	15.11.2021	21.11.2021 (lt. BGBl II 475/2021) 24.11.2021
467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 467/2021 , ausgegeben am 15.11.2021	16.11.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021

17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021
475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV), BGBl II 475/2021 , ausgegeben am 21.11.2021	22.11.2021	01.12.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021 (lt. BGBl. II 247/2021)
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>

2. COVID-19-Öffnungsverordnung

<p>278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>01.07.2021</p>	<p>31.08.2021 30.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p> <p>§§ 12 – 16: 28.07.2021 19.08.2021 (lt. BGBl II 321/2021) 17.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p>
<p>278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p>§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021</p>
<p>321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021, ausgegeben am 16.07.2021</p>	<p>22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021, ausgegeben am 20.07.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021, ausgegeben am 18.08.2021</p>	<p>§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021</p> <p>§ 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021</p> <p>für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021</p>	<p>30.09.2021</p>
<p>367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 367/2021</p>	<p>20.08.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021</p>	<p>für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021</p>	<p>§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft</p> <p><i>Rest: unverändert</i></p>

	für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021 § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021

Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19- MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021	15.09.2021	<i>unverändert.</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 429/2021 , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV

441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, BGBl II 441/2021 , ausgegeben am 25.10.2021 Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.	01.11.2021 § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021	15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021) 12.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 30.11.2021 §§ 12 bis 16: 05.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 28.11.2021 § 19 Abs. 10: 15.11.2021
456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 456/2021 , ausgegeben am 02.11.2021	08.11.2021	<i>unverändert</i>

<p>459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden (2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 459/2021, ausgegeben am 07.11.2021</p>	<p>§ 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit 15.11.2021 § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021 Rest mit 08.11.2021</p>	<p>12.12.2021 §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021 § 12 Abs. 9 mit 08.11.2021 § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021</p>
---	--	---

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

<p>63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021, ausgegeben am 10.02.2021</p>	<p>12.02.2021 (Tirol)</p>	<p>21.02.2021</p>
<p>85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021, ausgegeben am 19.02.2021</p>	<p>20.02.2021</p>	<p>03.03.2021</p>
<p>98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021, ausgegeben am 03.03.2021</p>	<p>04.03.2021</p>	<p>10.03.2021</p>

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVWG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Christina Masar, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.